



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen

Wirtschaftsbericht USA

Juli 2018

Executive Summary

Die **US-Wirtschaft** verzeichnete 2017 ein solides Wachstum von 2.3 % (2016: 1,6%), trotz einer unerwarteten Verlangsamung im letzten Quartal. Im ersten Quartal 2018 legte das US-BIP wieder um 2% zu. Für das gesamte Jahr wird ein Wachstum von gegen 3% erwartet. Die Steuerreform und die wirtschaftsfreundliche Deregulierungspolitik gelten als Wachstumstreiber, während eine weitere Eskalierung des Handelsstreits die Dynamik abbremsen könnte.

Die **Arbeitslosenquote** lag 2017 bei 4.1%, so tief wie seit 17 Jahren nicht mehr. Das positive Gesamtbild wird jedoch durch die tiefe Erwerbsquote bzw. eine grosse Anzahl Teilzeitbeschäftigter und nur langsam steigenden Löhne getrübt. Der **Dow-Jones Index** ist 2017 um 25% und damit auf ein Allzeithoch gestiegen, was vor allem mit der Aussicht auf Deregulierung und Steuersenkungen zusammenhängt.

Die **US-Notenbank Fed**, die sich erstmals Mitte Dezember 2015 mit einem kleinen Zinsschritt von ihrer Nullzins-Politik verabschiedet hatte, bleibt ihres neuen Kurses der graduellen Anhebungen der **Leitzinsen** treu. Nachdem sie im Juni 2017 auf 1%-1,25% und im Dezember 2017 auf 1,25%-1,5% erhöht wurden, folgte im Juni 2018 die Anhebung auf 1,75%-2%. Aufgrund des starken Wirtschaftsganges und der positiven Arbeitsmarktzahlen wird allgemein erwartet, dass die Zinsen bis Ende 2018 weiter steigen.

Die **US-Handelspolitik** ist deutlich protektionistischer geworden. Unter dem Schlagwort „*free, fair and reciprocal trade*“ will sich die Trump-Administration gegen ausländische Handelshemmnisse und unfaire Handelspraktiken wehren und strebt eine Reduktion der US-Handelsbilanzdefizite an. Nachdem Präsident Trump in seinem ersten Amtsjahr mit Ausnahme des Rückzugs aus TPP noch wenig konkrete Schritte unternommen hatte, setzte Anfang 2018 eine Trendwende ein. Die Administration ergriff im Laufe des ersten Halbjahres eine Serie von unilateralen Massnahmen, die u.a. wegen angeblicher nationalen Sicherheitsinteressen entweder spezifische Bereiche bzw. Produzenten der US-Industrie schützen sollen (Stahl und Aluminium, Waschmaschinen, Solarzellen und –module, sowie möglicherweise Autos und Autoteile) oder gegen bestimmte Handelspartner gerichtet sind, darunter Schwergewichte wie China, EU, Japan, Kanada und Mexiko. Die *Anti-Dumping- und Countervailing Duties*-Untersuchungen der USA haben sich seit Amtsantritt von Trump in etwa verdoppelt. Der WTO steht die Administration sehr kritisch gegenüber. Bezüglich Handelsabkommen steht die laufende Neuverhandlung von NAFTA im Zentrum. Mit Südkorea konnte eine Aufdatierung von KORUS erreicht werden. Mit der EU laufen Gespräche, doch scheint eine Wiederbelebung von TTIP unrealistisch.

Mit dem am 22. Dezember 2017 verabschiedeten und am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen **Steuerreformpaket *Tax Cuts and Jobs Act*** ist der Trump-Administration der bisher signifikanteste legislative Wurf gelungen. Die Senkung der Unternehmenssteuern von 35% auf 21%, verbunden mit der Umstellung auf ein territoriales Steuersystem und weiteren unternehmens- und investitionsfreundlichen Bestimmungen werden einen nachhaltigen Effekt auf die US-Wirtschaft haben und die USA im internationalen Steuerumfeld wettbewerbsfähiger machen. Die Steuersenkungen werden voraussichtlich auch das Wirtschaftswachstum weiter ankurbeln. Das Anwachsen des US-Haushaltsdefizits und das Ausweiten der Einkommensschere stellen eines der grössten Risiken der Steuerreform dar.

Das Warenhandelsvolumen der USA hat 2017 im Vergleich zu 2016 um 6,0% zugenommen. Den US-Exporten von 1'547 Mrd. USD (+6%) standen US-Importe im Wert von 2'343 Mrd. USD (+7%) gegenüber. Das US-Handelsdefizit beläuft sich damit auf rund 796 Mrd. USD was einer Zunahme von 8% entspricht. Somit hat sich der langfristige Trend eines Handelsdefizi-

tanstiegs im Jahr 2017 fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr haben die **Dienstleistungsexporte** der USA in 2017 leicht zugenommen (+3.8%). Aufgrund steigender Importe (+5,9%) hat das Gesamtvolumen des Dienstleistungs-Austauschs insgesamt um 5,5% zugenommen.

Der bilaterale Güterhandel zwischen der Schweiz und den USA entwickelt sich weiterhin äusserst dynamisch. Mit 22 Mrd. USD Importen aus den USA und 36 Mrd. USD Exporten in die USA rangiert die Schweiz auf der Liste der wichtigsten Handelspartner des Landes im Export auf Rang 15, sowie im Import auf Platz 17 (1,6% des Gesamthandelsvolumens).

Die Investitionstätigkeiten der USA im Ausland waren 2016 leicht rückläufig, was sich verstärkt auch auf die Investitionsflüsse in die Schweiz auswirkte. Trotzdem bleiben die **USA der mit Abstand grösste Investor in der Schweiz.** Sie investierten 2016 rund USD 15 Mrd. in die Schweiz, mehr als doppelt so viel wie in Deutschland und achtmal mehr als in Frankreich.

2016 war die **Schweiz der sechswichtigste Investor in den USA** und rangiert damit erstmals vor Deutschland. Die Schweiz investierte in diesem Zeitraum 72 Mrd. USD in die USA – eine zehnfache Zunahme zum vorherigen Jahr. In derselben Periode sind die Direktinvestitionen von Gesamteuropa in die USA um 3% zurückgegangen. Schweizer Firmen investieren mehr in den USA als in Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien zusammengekommen. Damit sind die USA weltweit weiterhin mit Abstand das wichtigste Zielland von Schweizer Direktinvestitionen.

Die **bilaterale wirtschaftspolitische Agenda** ist im Bereich Güterhandel vor allem durch die kürzlich eingeführten US-Schutzzölle, von denen auch Teile der Schweizer Wirtschaft negativ betroffen sind, und nichttarifäre Hindernisse geprägt. Erhebliche Hürden bestehen im Bereich der öffentlichen Beschaffungen. Die Gründe für das Güterhandelsdefizit, das die USA mit einer Anzahl wichtiger Handelspartnern haben, darunter die Schweiz, werden im Rahmen einer von Präsident Trump in Auftrag gegeben Studie näher untersucht. Ausgeblendet wird dabei der Dienstleistungshandel, welcher zu einer mehr oder weniger ausgeglichenen Bilanz mit der Schweiz führt. Ferner haben US-Wirtschaftssanktionen gegenüber Ländern wie Iran und Russland aufgrund ihrer extraterritorialen Wirkung teilweise Implikationen auf Schweizer Wirtschaftsinteressen. Im Bereich des geistigen Eigentums wurde die Schweiz 2018 aufgrund der lange dauernden Anpassung des Urheberrechtgesetzes erneut auf der Beobachtungsliste des jährlichen *Special 301*-Berichts gesetzt. Ebenfalls befindet sich die Schweiz zusammen mit einigen weiteren Ländern, auf einer Untersuchungs-Liste zu Währungsmanipulationen des *Treasury Departments*.

Die **Schweiz ist bei US-Touristen als Reisedestination** weiterhin sehr beliebt. Seit acht Jahren steigen die Übernachtungszahlen in der Hotellerie stetig jedes Jahr an, von 1,4 Mio. im Jahr 2010 auf über 2 Millionen im Jahr 2017 (+48%). Allein im letzten Jahr lag das Wachstum bei 12%. Die solide Wirtschaftsentwicklung in den USA, der wiedererstarke US-Dollar und zusätzliche direkte Flugverbindungen zwischen den USA und der Schweiz tragen zu diesem Trend bei.

Die Situation im **Banken- und Steuerbereich** hat sich in der Berichtsperiode weiter entschärft. Anfang 2016 verkündete das *Department of Justice* den Abschluss des letzten *Non-Prosecution Agreement* (NPA) mit einer Schweizer Bank der Kategorie 2. Damit haben sich 80 Banken innerhalb des *Swiss Bank Program* mit der US-Behörde geeinigt. Verschiedene Banken der Kategorie 1 stehen allerdings weiterhin unter Strafuntersuchung.

1 Wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen

Die US-Wirtschaft verzeichnete in der Berichtsperiode ein solides Wachstum von 2.3%. Die Märkte haben sich unter der neuen Administration stark positiv entwickelt. Der *Dow Jones 30 Industrial* hat 2017 25% zugelegt. Der Technologie-Index *Nasdaq 100* legte 2017 ganze 28% zu und der *S&P 500* konnte im selben Jahr ein Plus von 19% verzeichnen. Das Konsumklima innerhalb der USA hat sich gemäss dem *Consumer Confidence Index* ebenfalls stark verbessert und lag im Februar 2018 auf dem höchsten Wert seit Dezember 2000.

Obschon 2017 insgesamt weniger Jobs geschaffen wurden als 2016, hat sich das Stellenwachstum während der Berichtsperiode trotz teilweise starken monatlichen Schwankungen insgesamt positiv entwickelt. Seit Oktober 2009, als die Arbeitslosenquote auf einem Höchststand von 10% lag, verringerte sich dieser Wert stetig bis auf 4% im Juli 2018, und fiel zwischenzeitlich gar noch tiefer. Die Arbeitslosigkeit liegt damit auf einem 17-Jahrestief. Eine Herausforderung bleiben jedoch u.a. die tiefe Erwerbsquote, welche weiterhin knapp 63% beträgt¹, ein träges Wachstum der Arbeitsproduktivität (nur 1.2% zwischen 2008-2017) und das langsame Wachstum der Löhne (2.7%). Die USA rangiert zudem ziemlich tief bzgl. *Work-Life Balance* – Rang 28 im OECD-Vergleich.

Seit Ende Januar 2018 hat die Trump-Administration mehrere unilaterale handelspolitische Massnahmen ergriffen, um entweder spezifische Bereiche der US-Industrie gegen aus ihrer Sicht unfaire Handelspraktiken oder ungenügendem Schutz des geistigen Eigentums zu schützen, so namentlich US-Produzenten von Stahl- und Aluminium, von Waschmaschinen und von Solarzellen und –modulen, oder bestimmte Handelspartner zu bestrafen. Viele der betroffenen Handelspartner, darunter auch Schwergewichte wie China, die EU, Japan, Kanada oder Mexiko, haben gegen die US-Strafzölle mit Gegenmassnahmen reagiert und WTO-Klagen eingereicht. Eine weitere Eskalation des Handelsstreits könnte sowohl die Produktion wie die Konsumentenpreise in den USA verteuern und die US-Wirtschaft generell weniger wettbewerbsfähig machen, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken würde.

Vier von sieben Positionen im *Board of Governors* der US-Notenbank *Federal Reserve (Fed)* bleiben unbesetzt. Die US-Notenbank Fed, die sich erstmals Mitte Dezember 2015 mit einem kleinen Zinsschritt von ihrer Nullzins-Politik verabschiedet hatte, bleibt ihrer neuen Zinspolitik treu und erhöht weiter etappenweise die Zinsen, letztmals im Juni 2018 auf 1,75%-2%. Aufgrund einer starken Wirtschaft und den positiven Arbeitsmarktzahlen wird erwartet, dass die Zinsen bis Ende 2018 weiter steigen. Die mittelfristigen Inflationserwartungen für die kommenden fünf Jahre betragen auf Konsumentenseite 3%. Im Oktober 2014 erreichte die Bilanzsumme der Fed mit USD 4,5 Bio. eine Rekordsumme. Der Fed-Chef Jerome Powell hat bestätigt, schrittweise die zur Bekämpfung der Finanzkrise angehäuften Wertpapierbestände wieder abzubauen, bis die Bilanzsumme in einigen Jahren ungefähr 2.5 - 3 Billionen USD erreicht. In der Vergangenheit reinvestierte die Notenbank zurückfliessende Gelder aus Zinsen und fälligen Staatsanleihen in neue Staatspapiere. Das Ende dieser Praxis und damit der schrittweise Abbau der Bilanzsumme der Fed hat im Oktober 2017 begonnen. Die Bilanzsumme der Fed ist seit Oktober 2017 plangemäss bereits um 68 Mia. USD gefallen.²

Gleich nach Amtsantritt hat Donald Trump seinen *America First Energy Plan* publiziert, welcher die USA durch das Ausschöpfen der eigenen Energiequellen (vornehmlich fossile Treibstoffe

¹ <https://www.bls.gov/news.release/empsit.nr0.htm>

² <https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases.htm>

wie Kohle, Erdöl und Erdgas) in die Energieunabhängigkeit führen soll. Trump hat rasch begonnen, Regulierungen zu lockern resp. ganz aufzuheben. Einige Massnahmen seien hier kurz aufgezählt: Abschaffung des *Clean Power Plan*, der *Clean Water Rule* und der *Fracking Rule* (alle drei aufgrund gerichtlicher Auseinandersetzungen noch nicht in Kraft); Aufschiebung des Inkrafttretens resp. potenzielle Abschaffung der *Methane Leak Rule*; vorgeschlagene Freigabe fast aller küstennahen amerikanischen Meeresgebiete für Öl- und Gasbohrungen. Ausserdem hat der Präsident kurz nach Amtseinsetzung die beiden durch seinen Vorgänger auf Eis gelegten umstrittenen Pipeline-Projekte *Keystone XL* und *Dakota Access* zum Weiterbau freigegeben. Welche Auswirkungen der Trumpsche Energiewandel haben wird, kann noch nicht beurteilt werden.

Mit dem am 22. Dezember 2017 verabschiedeten Steuerreformpaket *Tax Cuts and Jobs Act* ist der Trump-Administration der bisher signifikanteste legislative Wurf gelungen. Die Senkung der Unternehmenssteuern von 35% auf 21%, verbunden mit der Umstellung auf ein territoriales Steuersystem und weiteren unternehmens- und investitionsfreundlichen Bestimmungen werden einen nachhaltigen Effekt auf die US-Wirtschaft haben. Die Steuerreform ist am 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Es wird erwartet, dass die Unternehmensgewinne steigen und die Attraktivität des Firmenstandorts USA sich erhöht. Dies soll einen Fiskalstimulus von 1% des US-BIPs kreieren. Den Berechnungen zufolge ist in den nächsten Jahren mit Steuerausfällen von bis zu 1'456 Billionen USD zu rechnen. Wie die Steuerausfälle kompensiert werden, ist noch unklar. Einerseits soll der Haushalt mittels Kürzungen in verschiedenen Bereichen entlastet werden, doch das ist nur in beschränkter Masse möglich. Andererseits versprechen sich die Republikaner, dass die erhöhte wirtschaftliche Tätigkeit mehr Steuergelder generieren wird. Das Anwachsen des Staatsdefizits stellt eines der grössten Risiken der Steuerreform dar. Das öffentliche Defizit und die öffentliche Verschuldung lagen im Juni 2018 jeweils bei 3,7% und 80,3% des US-BIPs. Weiter stellt sich die Frage der politischen Überlebensfähigkeit der Reform. Die sonst zerstrittene Demokratische Partei steht geschlossen gegen sie und hat angekündigt, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dieses «Verbrechen» rückgängig zu machen. Mit der Einführung des Territorialitätsprinzips in Kombination mit einer Senkung der Unternehmenssteuern ist die USA im internationalen Steuerumfeld wettbewerbsfähiger. Die Senkung der Steuer auf ausländische Erträge von in den USA gehaltenem geistigem Eigentum sowie die drohende Doppelbesteuerung aufgrund der *Base Erosion and Anti-Abuse Tax* (BEAT) erhöhen die Anreize, in den USA zu wirtschaften und Konzernfunktionen wie IP und Patente dort anzusiedeln. Wie von der Schweiz und anderen Ländern beanstandet, verletzt die BEAT geltende Doppelbesteuerungsabkommen und möglicherweise WTO-Regeln.

Auch sozial- und gesundheitspolitisch hat sich seit dem Amtsantritt von Donald Trump einiges verändert. Zwar ist es nicht gelungen, den *Patient Protection and Affordable Care Act* (besser bekannt als *Obamacare*), wie im Wahlkampf versprochen, ganz abzuschaffen. Das Gesundheitsgesetz wurde dennoch durch verschiedene deregulatorische Massnahmen erheblich geschwächt. Am gravierendsten dürfte die Aufhebung der allgemeinen Versicherungspflicht (*individual mandate*) sein, welche zusammen mit der Steuervorlage beschlossen wurde. Gemäss Hochrechnungen des *Congressional Budget Office* werden daraus 13 Mio. zusätzliche Unversicherte und 10% teurere Versicherungsprämien resultieren, sowie Einsparungen von 338 Mrd. USD (bis 2027). Steigende Versicherungsprämien dürften sich auch aus Trumps Verfügung ergeben, Zuschüsse an die Krankenversicherer, mittels welcher die Kostenbeteiligung für einkommensschwache Kunden gesenkt werden konnte, zu streichen. Ebenfalls mittels Verfügung wurde der Weg geebnet für billigere Versicherungslösungen von kurzer Laufzeit und für flexiblere Bestimmungen für Gruppenkrankenversicherungen. Ob die Spirale höhere Prämien - weniger Versicherte (vor allem weniger junge und gesunde Versicherte) in regulären Versicherungen - weniger Versicherer auf dem Markt - weniger Wettbewerb - noch höhere

Prämien tatsächlich bereits losgetreten ist, wie das manche Experten behaupten, wird sich zeigen.

Die Anstrengungen der Trump-Administration, weitere Wohlfahrtsprogramme wie *Medicare* und *Medicaid* durch Reorganisation, Budgetkürzungen und neue Regulierungen wie strikere Qualifikationsregeln zu reformieren, haben letztlich die Verringerung des Haushaltsdefizits und das Freistellen von mehr Mitteln für Militärausgaben zum Ziel. Durch jede Art von Sozialleistungsabbau könnten jedoch Millionen von Amerikaner ihre Existenzgrundlage verlieren. Um langfristige finanzielle Belastungen zu adressieren und gleichzeitig die sozialen Ziele aufrecht zu erhalten, ist eine grosse parteiübergreifende Reform der Wohlfahrtsprogramme nötig - in einem Halbzeitwahljahr ein Ding der Unmöglichkeit. Angesichts der deutlichen finanzpolitischen Haltung der Trump-Administration zeichnet sich jedoch ab, dass weiterhin versucht werden wird, durch Sozialabbau Mittel für andere Prioritäten zu generieren.

Die Realisierung des umstrittensten Wahlversprechens von Donald Trump, nämlich entlang der Grenze zu Mexiko eine Mauer zur Unterbindung der illegalen Einwanderung und des Drogenschmuggels aus dem Süden zu bauen, scheint nach wie vor fern. Abgesehen vom mehr symbolischen Aufstellen einiger Mauer-Prototypen ist nicht viel geschehen, und es dürfte auf absehbare Zeit hinaus kaum gelingen, die Finanzierung der Mauer zu sichern. Ebenso wenig wurde eine gesetzliche Lösung für die über 11 Mio. illegalen Einwanderer in den USA gefunden. Sämtliche Reformvorstösse im Immigrationsbereich waren bis jetzt im Kongress nicht mehrheitsfähig. Wo sie kann, greift jedoch die Trump-Administration bei der illegalen Einwanderung hart durch. Ausserdem haben die USA ihr Engagement in Migrationsfragen auf globaler Ebene zurückgeschraubt.

Eine Verbesserung der in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Infrastruktur ist ein wichtiges Anliegen von Präsident Trump. So stehen beispielsweise in den letzten Jahren initiierte Eisenbahnprojekte still, aber auch die Elektrizitäts- und Trinkwasserinfrastruktur, sowie Flughäfen benötigen hohe Investitionen. In den nächsten zehn Jahren sollen 200 Mrd. USD für Infrastrukturerneuerung ausgegeben werden, zudem sollen über 1 Bio. USD vom Privatsektor mobilisiert werden. Wie dies konkret umgesetzt werden soll, ist jedoch noch nicht bekannt.

Die USA sieht sich mit steigender Ungleichheit konfrontiert. Der Anteil des reichsten 1 Prozents der Bevölkerung am Gesamteinkommen hat sich seit 1980 mehr als verdoppelt und beträgt fast 20%, was dem stärksten Anstieg aller entwickelten Länder entspricht.³ Gleichzeitig bekunden 40% der Bevölkerung Mühe, kurzfristig liquide Mittel für Kosten von 400 USD aufzutreiben.

³ OECD, <http://www.oecd.org/social/OECD2014-FocusOnTopIncomes.pdf>

2 Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen

2.1 Politik, Prioritäten des Landes

Eines der wichtigsten Wahlversprechen von Donald Trump war ein radikaler Bruch mit der angestammten, und von beiden Parteien getragenen Handelspolitik der USA. Obwohl bei Experten und im US-Kongress sehr umstritten, richtet die Trump-Administration ihre Handelspolitik unverändert auch an der Reduktion des Güterhandelsdefizits aus, welches insbesondere von US-Präsident Trump als inakzeptablen wirtschaftlichen Missstand aufgefasst wird.

Der aggressiven Rhetorik hatte Präsident Trump in seinem ersten Amtsjahr – mit Ausnahme des Rückzugs aus dem transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) – relativ wenig konkrete Schritte folgen lassen. Die im ersten Amtsjahr aufgegleisten Gespräche über eine Erneuerung des Freihandelsabkommens mit Südkorea (KORUS) haben im März 2018 zu einer prinzipiellen Einigung geführt. Die im August des letzten Jahres begonnen Neuverhandlungen von NAFTA wurden im April und Mai 2018 äusserst intensiv geführt und dürften ab Ende Juli 2018 wieder aufgenommen werden.

Die Administration Trump steht der WTO weiterhin sehr kritisch gegenüber. Konkrete Fortschritte – etwa in Bezug auf die Neubesetzung des *Appellate Body* gibt es bisher nicht. Immerhin scheint die WTO der US-Administration in ihrem Vorgehen gegen China (und andere Handelspartner) nicht ganz unnützlich. So hat sie etwa zur Bekämpfung der für ausländische Unternehmen diskriminierenden Lizenzvergaben in China anfangs April ein Verfahren im Rahmen der WTO eingeleitet. Verbesserten Marktzugang und neue Handelsregeln wollen die USA aber nicht primär im multilateralen Rahmen, sondern vorzugsweise auf bilateralem Weg erreichen. Als potentielle Freihandelspartner kommen mittelfristig in erster Linie die TPP-Länder Japan und Vietnam sowie das UK in Frage. In Bezug auf Afrika schwebt der Administration vorerst ein einziges bilaterales Handelsabkommen mit einem afrikanischen Land vor, dass später für weitere potentielle Partner als Modell dienen könnte.

Die 2013 mit der EU begonnenen TTIP-Verhandlungen liegen seit Präsident Trumps Amtsübernahme auf Eis. Er hat sich bisher nicht offiziell zu dem Abkommen geäussert. Die US-Seite, insbesondere Handelsminister Wilbur Ross und der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer, schliessen eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht aus. Der Ball liegt aus US-Sicht aber klar bei der EU. Ende Mai 2018 hat Trump die EU mit der Aufhebung der temporären Ausnahmen von den Einfuhrzöllen auf Stahl- und Aluminium weiter unter Druck gesetzt (und verärgert), nur um wenig später mit der Ankündigung einer weiteren Section 232-Untersuchung im Automobilbereich gleich nachzudoppeln. Seiner Drohung, auch auf Importe von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen Einfuhrzölle zu erheben, hat er mit der Einleitung dieser Untersuchung Nachdruck verliehen.

2.2 Aussichten für die Schweiz

In Bezug auf ein bilaterales Handelsabkommen mit der EU besteht derzeit kein Diskriminierungspotential für die Schweiz. US-Präsident Trump hat die TTIP-Verhandlungen bei Amtsantritt auf Eis gelegt. Die Ausgangslage hat sich insofern geändert, als die Gefahr einer Diskriminierung der Schweiz aufgeschoben ist, solange sich kein Abschluss von TTIP abzeichnet. Ansonsten haben die Ausführungen zu TTIP im Wirtschaftsbericht vom Vorjahr weiterhin Gültigkeit.

Unter Umständen könnte die gegenwärtige Grosswetterlage für die Schweiz eine günstige Gelegenheit bieten für einen erneuten Anlauf, um mit den USA ein bilaterales Freihandelsabkommen zu prüfen. Ein Freihandelsabkommen könnte nicht nur den Marktzugang bzw. die Rechtssicherheit im weltweit zweitwichtigsten Absatzmarkt für die

Schweizer Wirtschaft verbessern, sondern auch als potenzieller Lösungsansatz für die aktuellen und künftigen handelspolitischen Schutzmassnahmen der USA dienen.

3 Aussenhandel

3.1 Entwicklung und allgemeine Aussichten

3.1.1 Warenhandel

Das Warenhandelsvolumen hat 2017 im Vergleich zu 2016 um 6,0% zugenommen. Den US-Exporten von USD 1'547 Mrd. (+6%) standen US-Importe im Wert von USD 2'343 Mrd. (+7%) gegenüber. Das US-Handelsdefizit beläuft sich damit auf rund USD 796 Mrd. was einer Zunahme von 8% entspricht. Somit hat sich der langfristige Trend eines steigenden Handelsdefizits im Jahr 2017 fortgesetzt. Auch im ersten Halbjahr 2018 sind die Handelsdefizite mit wichtigen Handelspartnern weiter gestiegen (insbesondere mit China und der EU).

Zentrale Handelspartner der USA sind neben den Nachbarn Kanada und Mexiko insbesondere China und Japan. Die vier genannten Staaten vereinen 54% aller Importe nach bzw. 46% aller Exporte aus den USA unter sich. Zum Vergleich: Die EU hat einen Anteil von rund 19% der US-Importe bzw. 18% der US-Exporte. Wichtigster Handelspartner unter den EU-Staaten ist Deutschland. So importierte die USA aus Deutschland im Berichtsjahr Güter im Wert von rund 117 Mrd. USD.

Im Zusammenhang mit den einzelnen Handelsbilanzen scheint besonders interessant, dass die USA nur gegenüber 4 der 15 wichtigsten Handelspartner einen Güterhandelsüberschuss aufweisen. Dabei handelt es sich um Singapur (Rang 13), Brasilien (Rang 10), die Niederlande (Rang 9) und Hong Kong (Rang 7).⁴

3.1.2 Dienstleistungshandel

Im Vergleich zum Vorjahr haben die Dienstleistungsexporte der USA in 2017 leicht zugenommen (+3.8%). Aufgrund steigender Importe (+5,9%) hat das Gesamtvolumen des Dienstleistungs-Austauschs insgesamt um 5,5% zugenommen.⁵ Diese signifikante Zunahme bricht den Trend seit 2011, der eine jährliche Abnahme der Wachstumsrate des Dienstleistungshandelsvolumens gezeichnet hat.

Im Gegensatz zum Güterhandel weisen die USA seit Jahrzehnten einen Dienstleistungshandelsüberschuss aus. Dieser belief sich 2017 auf 243 Mrd. USD, was einem Rückgang von 2% im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 122 Mrd. USD ist Grossbritannien der wichtigste Dienstleistungshandelspartner der USA. Kanada belegt den zweiten Rang (92 Mrd. USD), gefolgt von Japan (79 Mrd. USD) und China (74 Mrd. USD).

3.2 Bilateral Handel

3.2.1 Warenhandel

Mit 22 Mrd. USD Importen aus den USA und 36 Mrd. USD Exporte in die USA rangiert die Schweiz auf der Liste der wichtigsten Handelspartner des Landes im Export auf Rang 15,

⁴ <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/index.html>

⁵ OECD (2018), [Trade in Services](#)

sowie im Import auf Platz 17 (Ex. 2016: Rang 15 - Im. 2016: Rang 15). Insgesamt liegt die Schweiz auf Rang 12 aller US-Handelspartner (1,6% des Gesamthandelsvolumens).⁶

Gemäss Zahlen der Eidgenössischen Zollverwaltung sind die Exporte in die USA 2017 um 0.3% gesunken (2016: +23,2%), während die Schweizer Importe aus den USA 2017 um 11,7% gesunken sind (2016: + 20%). Damit beträgt der Güterhandelsüberschuss der Schweiz 2017 14,9 Mio CHF.⁷

Aus Sicht der Schweiz sind die USA weltweit der zweitwichtigste Handelspartner. Die USA waren auch 2017 die zweitwichtigste Exportdestination (nach Deutschland), mit einem Exportanteil von 12,3%. Importseitig belegten die USA mit 8,0% der Gesamtimporte ebenfalls Rang 2 nach Deutschland. Dabei ist auf die grossen Unterschiede zwischen dem Total 1 und Total 2⁸ hinzuweisen. Rund die Hälfte der Importe aus den USA sind Gold in Barren und andere Edelmetalle, Münzen, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten. Aufgrund von soliden Wachstumsaussichten bietet der US-Markt für Schweizer Unternehmen grundsätzlich in fast allen Branchen vielversprechende Geschäftschancen im Exportbereich.⁹

Gemäss Statistiken der Eidgenössischen Zollverwaltung stellen „Pharmazeutische Produkte, Vitamine, Diagnostika“ gefolgt von „Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie“ sowie „Maschinen, Apparate, Elektronik“ exportmässig die schwergewichtigsten Handelskategorien dar. Die wichtigsten Importhandelskategorien sind „Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine“ „Pharmazeutische Produkte, Vitamine, Diagnostika“ gefolgt von „Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie“ sowie „Fahrzeuge“.

3.2.2 Dienstleistungshandel

Der bilaterale Dienstleistungshandel umfasste 2016 56.4 Mrd. USD, davon wurden 32.6 Mrd. USD in die Schweiz exportiert und 23.8 Mrd. USD importiert. Damit lag das Volumen im Dienstleistungsbereich 2016 über dem des Güterbereichs (52 Mrd. USD). Die USA konnten in den vergangenen Jahren im Dienstleistungshandel stets einen Bilanzüberschuss mit der Schweiz verzeichnen¹⁰.

4 Direktinvestitionen

4.1 Entwicklung und allgemeine Aussichten

2017 ist der Bestand aller ausländischen Direktinvestitionen in die USA gegenüber dem Vorjahr um 32% zurückgegangen. Das Volumen der Direktinvestitionen steht somit unter dem 2014-2016 Durchschnitt. Der Rückgang könnte auf die Regulierung von Inversionszahlungen zurückgeführt werden, die 2016 eingeführt wurde. Investitionen in die herstellende Industrie

⁶ US-Perspektive, siehe Anhang 3. Schweizer Perspektive, Siehe Anhang 4.

⁷ www.swiss-impex.admin.ch

⁸ Die aussenhandelsstatistischen Ergebnisse werden nach dem konjunkturellen Total (Total 1) und dem Gesamttotal (Total 2) veröffentlicht. Die beiden Totale unterscheiden sich darin, dass die Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten im Total 2 enthalten sind, im Total 1 hingegen nicht.

⁹ <https://www.gate.ezv.admin.ch/swissimpex/>

¹⁰ http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TISP_EBOPS2010

stellen den grössten Anteil der Direktinvestitionen dar und machen 40% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen aus. In 2017 war Kanada der wichtigste ausländische Direktinvestor, gefolgt von Grossbritannien, Japan und Frankreich. Europa hat 40% der neuen Investitionen beigetragen. Die Schweiz war 2016 der sechst grösste ausländische Investor. Die beliebtesten Destinationen für Auslandsinvestitionen sind Kalifornien, Texas und Illinois. Delaware und New York sind die beliebtesten Standorte für *Greenfield*-Investitionen. 2017 wurden ungefähr eine halbe Million neue Arbeitsplätze durch Auslandsinvestitionen kreiert. Insgesamt schaffen ausländische Firmen rund 7 Millionen Arbeitsplätze in den USA.

4.2 Bilaterale Investitionen

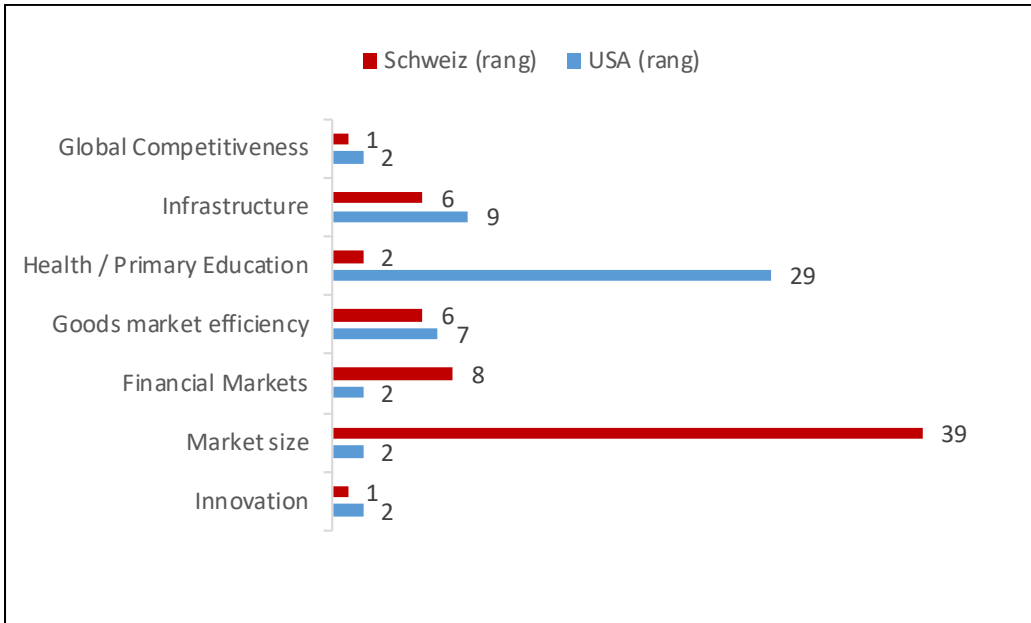
Die USA sind sowohl weltweit die grösste Quelle wie auch das wichtigste Zielland von Direktinvestitionen für die Schweiz.

Die Investitionstätigkeiten der USA im Ausland waren 2016 leicht rückläufig, was sich verstärkt auch auf die Investitionsflüsse in die Schweiz auswirkte. Trotz leicht rückläufiger Investitionsflüsse in die Schweiz bleiben die USA der mit Abstand grösste Investor in der Schweiz. Sie investierten rund 15 Mrd. USD in die Schweiz (2016), mehr als doppelt so viel als in Deutschland und achtmal mehr als in Frankreich.

2016 investierte die Schweiz 72 Mrd. USD in die USA – eine zehnfache Zunahme zum vorherigen Jahr. In derselben Periode sind die Auslandsinvestitionen von Europa in die USA um 3% zurückgegangen. Schweizer Direktinvestitionen konzentrieren sich in der herstellenden Industrie (33 Mrd. USD) und der Finanz- und Versicherungsbranche (29 Mrd. USD). Direktinvestitionen in die herstellende Industrie haben am stärksten zum Wachstum beigetragen.

Gemäss dem *Global Competitiveness Index 2017-2018* des *World Economic Forum* belegen die USA hinter der Schweiz den zweiten Rang. Die Volkswirtschaften der Schweiz und USA zeichnen sich beide durch eine hohe Innovationskapazität, vorteilhafte Infrastruktur und flexible Arbeitsmarktbedingungen, sowie qualitativ hochwertige Hochschulen/Universitäten und Forschungsinstitutionen aus. Nebst gut funktionierenden Finanzmärkten wird bei beiden Ländern die politische und wirtschaftliche Stabilität hervorgehoben. Im Falle der USA wird zudem die Marktgrösse als gewichtiger Standortvorteil aufgeführt.¹¹

¹¹ <https://www.weforum.org/reports/the-global-competitiveness-report-2017-2018>



Global Competitiveness Index: Vergleich Schweiz-USA

Quellen: World Economic Forum

Im aktuellen politischen Umfeld sind ausländische Direktinvestitionen in den USA im Brennpunkt. Der US-Kongress arbeitet an einer Reform des Committee on Foreign Investment in the United States CFIUS, dem ressortübergreifenden Ausschuss der US-Regierung zur Überprüfung von Auslandsinvestitionen in den USA unter dem Blickwinkel der Beurteilung von Risiken für die nationale Sicherheit. Wachsende Investitionstätigkeiten durch chinesische Firmen in kritische Infrastrukturbereiche und sensitive Technologien gelten als hauptsächlicher Auslöser der Reform. Man geht davon aus, dass der CFIUS-Reformvorschlag mit dem Titel Foreign Investment Risk Review Modernization Act FIRRMA noch im Sommer im Kongress verabschiedet und alsdann von Präsident Trump in Kraft gesetzt wird. Auch wenn die Reform in erster Linie – wenn auch nicht explizit - gegen chinesische und nicht generell ausländische (oder gar schweizerische) Investitionen gerichtet ist, besteht seitens der Schweizer Wirtschaft eine gewisse Sorge, davon unbeabsichtigtweise erfasst zu werden.

5 Handels-, Wirtschafts- und Tourismusförderung, «Landeswerbung»

5.1 Instrumente der Aussenwirtschaftsförderung

Der *Swiss Business Hub* USA (SBH) fungiert als Aussenstelle des vom Bund mandatierten Vereins *Switzerland Global Enterprise* (S-GE) und ist für die Exportförderung und Standortpromotion im US-Markt zuständig. Derzeit verfügt der SBH mit Hauptsitz in New York über insgesamt neun Vollzeitstellen sowie Anlaufstellen bzw. Hubantennen in Atlanta, Los Angeles, Houston und San Francisco. Es findet eine enge Zusammenarbeit zwischen der Botschaft und dem SBH statt. So wurde beispielsweise 2017 erneut gemeinsam ein erfolgreiches Programm für hochrangige Vertreter wichtiger US-Firmen in der Schweiz organisiert (Bestandpflege mit bestehenden Investoren).

Präsenz Schweiz (PRS) fördert *Public-Diplomacy*-Aktivitäten in den Vereinigten Staaten als Schwerpunktland. Die entsprechenden Gelder werden von der Botschaft in Washington, den vier Generalkonsulaten (Atlanta, Los Angeles, New York und San Francisco) und den beiden Swissnex-Standorten (Boston mit Satellit in New York City; San Francisco) in rund 100 Landeswerbungsprojekte unterschiedlicher Grösse und verschiedener Formate investiert.

Die *Public-Diplomacy*-Kampagne „Swiss Touch“ bringt alle Vertretungen in engeren Kontakt miteinander: Unter Führung der Botschaft sowie des Generalkonsulats New York wird die Reise eines „digitalen Tisches“ durch die USA organisiert, um den herum verschiedene Anlässe an zahlreichen Standorten im Land geplant sind. Die Kampagne, die die innovative Schweiz in vielen Facetten zeigt, startete im Januar 2017 und ist vorerst auf zwei Jahre angelegt.

Schweiz Tourismus deckt den US-Markt über zwei Büros ab. Das Hauptbüro befindet sich in New York.

An privaten Akteuren sind die *Swiss-American Chamber of Commerce* mit 2'000 Mitgliedern (1'600 Firmen) und der kleinere *Swiss-American Business Council*, welcher in der Region Chicago und Midwest aktiv ist, zu erwähnen.

Unter Leitung der Botschaft findet monatlich eine Telefonkonferenz zu den *Public-Diplomacy*-Aktivitäten statt. Sie dient der Koordination und Planung von Inhalten sowie dem Ideen- und Erfahrungsaustausch mit den Generalkonsulaten und Swissnex. Das ganze Jahr über findet zudem auf Ad-hoc-Basis ein reger Austausch zwischen allen beteiligten Akteuren in unterschiedlicher Zusammensetzung statt. Ausserdem findet jedes Jahr eine Konferenz der mit Öffentlichkeitsarbeit betrauten Mitarbeitenden der schweizerischen Vertretungen in den USA statt, an welcher auch der *Swiss Business Hub* sowie Schweiz Tourismus teilnehmen.

5.2 Interesse der USA für die Schweiz

Tourismus, Bildung, andere Dienstleistungen

Die Schweiz ist bei US-Touristen als Reisedestination weiterhin sehr beliebt. Seit acht Jahren stiegen die Übernachtungszahlen in der Hotellerie stetig jedes Jahr an, von 1,4 Mio. im Jahr 2010 auf über 2 Mio. im Jahr 2017 (+48%) und allein im letzten Jahr um 12%. Die solide Wirtschaftsentwicklung in den USA, der wiedererstarke US-Dollar und zusätzliche direkte Flugverbindungen zwischen den USA und der Schweiz tragen zu diesem Trend bei. Besonders beliebt sind Reisen in Kombination mit Flusskreuzfahrten in Europa, aktive Ferien z. B. mit Wandern, Zugreisen sowie Familienreisen. Die USA stellen nach Deutschland den zweitgrössten Auslandmarkt für den Schweizer Tourismus dar. Reisende aus den USA gaben 2017 gemäss dem Tourismus Monitor Schweiz pro Tag in der Schweiz durchschnittlich 280 CHF für Unterkunft, Mahlzeiten, Ausflüge und Einkäufe aus (im 2013 waren es noch 220 CHF). Die Verluste in der Branche aufgrund der Frankenstärke aus den Nahmärkten konnten so etwas abgedeckt werden. Die beliebtesten Regionen bei Amerikanern sind Zürich, Luzern, Genf, Basel, Zermatt und das Berner Oberland.¹²

Die Schweiz steht als Innovationsnation, die regelmässig auf den vordersten Plätzen entsprechender Rankings zu finden ist, in den USA immer wieder im Fokus entsprechender Anfragen und Berichte. Gleichzeitig ist sie in den USA als Ausbildungsstandort breiten Kreisen weitestgehend unbekannt. Die Botschaft unterhält mit ThinkSwiss ein vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) finanziertes Stipendienprogramm für Studierende aus den USA und Kanada, die für Kurzaufenthalte von bis zu drei Monaten an Schweizer Hochschulen kommen können. 2017 konnte ThinkSwiss 26 Studierenden einen Forschungsaufenthalt in der Schweiz ermöglichen. Weitere 13 Studierende aus den USA und Kanada erhalten *Travel Grants*, um an einer *Summer School* in der Schweiz teilzunehmen. Ausserdem vergibt die Eidgenössische Stipendienkommission für ausländische Studierende (ESKAS) jährlich die

¹² Schweiz Tourismus, www.myswitzerland.com; Bundesamt für Statistik, <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/10/01/new.html>

Bundes-Exzellenz-Stipendien an junge Forschende oder Kunstschaffende. Für das akademische Jahr 2017/18 erhielten 13 Studierende aus den USA ein solches Stipendium.

Aufgrund des grossen Interesses der USA am schweizerischen Berufsbildungsmodell hat das WBF im Sommer 2015 eine *Joint Declaration of Intent* mit dem *Department of Labor* (DOL), *Department of Commerce* (DOC) und *Department of Education* (DOE) unterzeichnet, um die Zusammenarbeit in der Berufsbildung zu fördern. Im Rahmen dieser Absichtserklärung tauschen die Schweiz und die USA *Best Practices* zur Berufsbildung aus. Die Schweiz klärt über ihr Berufsbildungssystem auf, führt interessierte Akteure zusammen und unterstützt Schweizer Firmen. Die Zusammenarbeit mit den USA bringt US-Akteuren auch den Wert von Schweizer Berufsabschlüssen näher. In den USA wird die Anerkennung ausländischer Diplome nicht durch eine zentrale, staatliche Stelle geprüft, sondern liegt in der Kompetenz des Arbeitgebers. Eine Ausnahme bilden staatlich reglementierte Berufe in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Ingenieurwesen, Recht und Finanzen, für deren Ausübung ein bestimmter Befähigungsnachweis verlangt wird. Das Anerkennungsverfahren für reglementierte Berufe erfolgt auf der Ebene der Bundesstaaten.

Investitionen

Gemäss SBH verfügen rund 1'200 bis 1'300 US-Firmen über eine Schweizer Präsenz, wobei rund 250 Firmen mit Headquarter-Funktionen über eine substanzielle Präsenz verfügen. Die Zahlen der Schweizer Nationalbank (SNB) gehen von 1'613 US-Firmen mit Schweizer Präsenz aus (basierend auf dem *Ultimate Beneficial Ownership* Prinzip). US-Firmen beschäftigen in der Schweiz direkt rund 90'000 Arbeitnehmer.

In Folge der im Februar 2017 abgelehnten Steuerreform in der Schweiz bleiben potentielle Investoren in Abwartehaltung, bis sich ein neuer Vorschlag abzeichnet. Zurzeit befindet sich die Steuervorlage 17 im Vernehmlassungsverfahren. Die Zielsetzung für die Steuerreform bleibt unverändert. Die Standortattraktivität der Schweiz für Unternehmen soll gesteigert und internationalen Standards soll dabei gleichzeitig Rechnung getragen werden. In Folge der von Präsident Trump im Dezember 2017 unterzeichneten Steuerreform (*Tax Cuts and Jobs Act*) wurde der US-Gewinnsteuersatz auf Stufe des Bundes von 35% auf 21% reduziert. Das *Tax Cuts and Jobs Act* ist die umfassendste Steuerreform der USA seit über 30 Jahren. Mit der Steuerreform wird das amerikanische System der Gewinnbesteuerung in Bezug auf internationale Sachverhalte in seinen Grundzügen an die entsprechenden Systeme der meisten anderen Industriestaaten angeglichen. Davon profitieren sowohl amerikanische, als auch ausländische Konzerne. Die Schweiz spielt als Standort bei der internationalen Steuerplanung von ausländischen Konzernen mit amerikanischen Tochtergesellschaften eine wichtige Rolle. Die amerikanische Steuerreform relativiert den bisherigen steuerlichen Wettbewerbsvorteil der Schweiz, weil das Potential an Steuereinsparungen begrenzt werden könnte. Die tatsächlichen Auswirkungen der US-Steuerreform können noch nicht abschliessend beurteilt werden. Diese Umstände bestätigen die derzeitige Abwartehaltung amerikanischer Konzerne in Bezug auf mögliche Investitionen sowohl in der Schweiz, als auch in den USA.

Die Schweiz ist jedoch dank einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, attraktiven branchenspezifischen Clustern (Life Sciences, ICT/Fintech, Rohstoffhandel) und vorteilhafter und starker Innovationsdynamik nach wie vor ein geschätzter Investitions- und Headquarter-Standort für multinational tätige Unternehmen. So konnten in der Berichtsperiode folgende Investitionsprojekte verzeichnet werden: Palantir, ein «Big Data Unicorn» aus dem Silicon Valley, hat in Genf eine Organisation für IT- und Marketing Services gebildet. Incyte, ein Biopharmaunternehmen mit Fokus auf die Entwicklung von onkologischen Produkten, baut in Yverdon-les-Bains eine Produktionsstätte. Zwei weitere Unternehmen aus der Life Science Industrie, Halozyme Therapeutics und Bio-Rad Laboratories, eröffneten ihre europäischen Hauptsitze in Basel. Der

SBH konnte in der Berichtsperiode zusätzlich insgesamt 22 qualitativ hochstehende *Prospects* an die Kantone weiterleiten, von denen bereits 27% zu erfolgreichen Ansiedelungen in der Schweiz geführt haben.

Finanzplatz Schweiz

Anfang 2016 verkündete das DOJ den Abschluss des letzten *Non-Prosecution Agreement* (NPA) mit einer Schweizer Bank der Kategorie 2. Damit haben sich 80 Banken innerhalb des *Swiss Bank Program* mit der US-Behörde geeinigt. Das DOJ wertete den Abschluss der NPA unter der Kategorie 2 als bedeutenden Meilenstein. Das US-Programm bot Schweizer Banken, die kein US-Steuerrecht verletzt haben, zudem die Möglichkeit, beim DOJ einen *Non-Target Letter* zu beantragen (Kategorie 3). Im Dezember 2016 hat das DOJ die letzten der total fünf *Non-Target Letters* an Schweizer Banken ausgestellt. Gewisse Banken der Kategorie 1, die unter Strafuntersuchung stehen, sind hingegen noch in Verhandlungen mit dem DOJ.

Die Schweiz führt gestützt auf das Mandat des Bundesrates vom Oktober 2014 Verhandlungen mit den USA über einen Wechsel von Modell 2 zu Modell 1 des FATCA-Abkommens. Ein solches sieht den automatischen Datenaustausch zwischen den Steuerbehörden vor. Wann ein entsprechendes Abkommen vorliegen wird, ist zurzeit noch ungewiss. Weiterhin im US-Senat hängig ist das Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens.

ANHANG 1

Wirtschaftsstruktur

	Jahr 2011	Jahr 2017
Verteilung des BIP*		
Primärsektor	1.3%	0.9%
Verarbeitende Industrie	20.1%	19.1%
Dienstleistungen	64.6%	80.0%
- davon öffentliche Dienstleistungen	14.0%	12.7%

	Jahr 2011	Jahr 2016
Verteilung der Beschäftigung**		
Primärsektor	1.1%	1.0%
Verarbeitende Industrie	17.8%	17.4%
Dienstleistungen	81.1%	81.6%
- davon öffentliche Dienstleistungen	16.6%	14.9%

* Quelle: Bureau of Economic Analysis, GDP by Industry

https://www.bea.gov/iTable/index_industry_gdpIndy.cfm

** Quelle: Bureau of Economic Analysis, *Full-Time Equivalent Employees by Industry (August 2017)*

https://www.bea.gov/iTable/index_nipa.cfm

Wichtigste Wirtschaftsdaten

	2015	2016	2017
BIP (Mrd. USD)*	18'120	18'624	19'390
BIP/pro Kopf (USD)*	56'411	57'559	59'501
Wachstumsrate (% des BIP)*	2.9	1.5	2.3
Inflationsrate (%)**	1.1	1.3	2.1
Arbeitslosigkeit (%)**	5.3	4.9	4.3
Budget-Saldo (% des BIP)*	-2.4	- 4.3	-4.6
Ertragsbilanz (% des BIP) **	-2.6	-2.4	-2.5
Gesamtverschuldung (% des BIP)*	105.3	107.2	107.8
Reserven (USD Mrd.)***	117.6	117.3	123.3

* Quelle: IWF, *World Economic Outlook* (April 2018)

- www.imf.org/external/pubs/ft/weo

** Quelle: IWF, *Article IV Consultation* (April 2018)

- <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2017/07/27/United-States-2017-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-45142>

*** Quelle: Fed, *US Reserve Assets* (May 2018)

- <https://www.federalreserve.gov/data/intlsumm/current.htm>

Handelspartner

Jahr: 2017

Aussicht aus US-Perspektive (Warenhandel), gemäss US-Zahlen¹³

Platz	Land*	Exporte vom Aufenthalts- land (Mio. USD)	An- teil	Ver. ¹⁴	Platz	Land	Importe vom Aufenthalts- land (Mio. USD)	An- teil	Ver. ¹⁰
1	Kanada	282'392	18%	+6%	1	China	505'597	22%	+9%
2	Mexiko	242'989	16%	+5%	2	Mexico	314'045	13%	+7%
3	China	130'370	8%	+13%	3	Kanada	299'975	13%	+7%
4	Japan	67'696	4%	+7%	4	Japan	136'544	6%	+3%
5	Deutschland	53'493	3%	+8%	5	Deutschland	117'745	5%	+3%
17	Schweiz	21'695	1%	-4%	15	Schweiz	36'002	1%	-1%
	EU	283'517	18%	+5%		EU	434'933	19%	+4%
	Total**	1'546'725	100%	+6%		Total	2'342'919	100%	+7%

* Quelle: US Census Bureau, *US Trade in Goods by Country*

- <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/index.html>
- <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c0004.htmlexh4as.pdf>

** Quelle: US Census Bureau, *US Trade in Goods by Country*

- <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c0004.html>

¹³ Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden unterscheiden sich die Zahlen der Schweiz in dieser Tabelle von den Zahlen in Anhang 4

¹⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Handelsentwicklung aus Schweizer Perspektive

	Export (Mio. CHF)	Veränderung (%)***	Import (Mio. CHF)	Veränderung (%)***	Saldo (in Mio.)	Volumen (in Mio.)
2005	17'513	11,0	8'328	14,8	9'185	25'841
2006	20'477	16,9	10'937	31,5	9'540	31'414
2007	20'057	-2,1	11'211	2,5	8'846	31'268
2008	20'729	3,4	11'439	2,0	9'290	32'168
2009	18'776	-9,4	9'759	-14,7	9'016	28'535
2010	20'558	9,5	9'828	0,7	10'730	30'386
2011	21'327	3,7	9'163	-6,8	12'164	30'490
2012*	23'909	*)	23'926	*)	-17	47'835
2013	25'301	5,8	22'661	-5,3	2'640	47'962
2014	28'834	14,0	19'597	-13,5	9'237	48'431
(Total 1)**	(25'878)	(11,1)	(10'911)	(11,0)	(14'968)	36'789
2015	29'516	2,4	20'095	2,5	9'421	49'611
(Total 1)**	(27'440)	(6,0)	(11'650)	(6,8)	(15'790)	(39'090)
2016	36'368	23,2	24'111	20,0	12'257	60'479
(Total 1)**	(31'477)	(14,7)	(14'245)	(22,3)	(17'231)	(45'721)
2017	36'273	-0,3	21'280	-11,7	14'994	57'553
(Total 1)**	(33'767)	(7,3)	(12'692)	(-10,9)	(21'075)	(46'459)

* Ab dem 1.1.2012 hat die EZV die Berechnungsmethode für die Importe und Exporte geändert. Infolgedessen sind Vergleiche zwischen 2012 und den vorhergehenden Jahren nicht mehr möglich.¹⁵

** Total «Konjunktursicht» (Total 1): ohne Gold in Barren und andere Edelmetalle, Münzen, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten

*** Veränderung (%) gegenüber Vorjahresperiode

Exporte	2016 (% des Totals)	2017 (% des Totals)
1. Pharmazeutische Produkte, Vitamine, Diagnostika	45,0	49,6
2. Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie	17,7	19,0
3. Maschinen, Apparate, Elektronik	9,5	9,7
4. Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine	11,8	4,4

Importe	2016 (% des Totals)	2017 (% des Totals)
1. Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine	37,3	37,9
2. Pharmazeutische Produkte, Vitamine, Diagnostika	17,6	19,0
3. Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie	11,8	14,0
4. Fahrzeuge	13,9	9,0

Quelle: [Eidgenössische Zollverwaltung EZV](#), Gesamttotal (Total 2): mit Gold in Barren und anderen Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten. Das Total 2 vor 2012 enthält kein Gold, Silber und Münzen.

¹⁵ *Importe*: Verwendung des «**Ursprungslandprinzips**» anstelle des «Erzeugungslandprinzips». Das *Ursprungsland* bezeichnet jenes Land, in dem die Ware vollständig gewonnen oder überwiegend hergestellt wurde. Das *Erzeugungsland* bezeichnete hingegen das Land, in dem ein Produkt vor der Einfuhr in die Schweiz im freien Verkehr war.

Exporte/Importe: Die **Aussenhandelszahlen von Gold, Silber und Münzen** werden nach Ländern aufgeschlüsselt und sind Bestandteil der Schweizer Aussenhandelsstatistik (Gesamttotal) in der Online-Datenbank [Swiss-Impex](#).

Hauptinvestoren nach Land

Jahr: 2016

Platz	Land	Direktinvestitionen (USD, Bestand)	Anteil	Veränderung (Bestand)	Flüsse im ver- gangenen Jahr (USD)
1	UK	484 Mrd.	15%	+5%	18 Mrd.
2	Japan	411 Mrd.	13%	+8%	31 Mrd.
3	Luxemburg	328 Mrd.	10%	+45%	143 Mrd.
4	Niederlande	283 Mrd.	9%	+1%	21 Mrd.
5	Kanada	269 Mrd.	9%	+5%	25 Mrd.
6	Schweiz	258 Mrd.	8%	+4%	11 Mrd.
7	Deutschland	255 Mrd.	8%	+11%	26 Mrd.
8	Frankreich	234 Mrd.	7%	+10%	22 Mrd.
9	UK Karibische Inseln	93 Mrd.	3%	+3%	11Mrd.
10	Belgien	80 Mrd.	3%	-8%	-7 Mrd.
	EU	2'163 Mrd.	69%	+9%	267 Mrd.
	Total	3'134 Mrd.	100%	+8%	348 Mrd.

Quelle: US Bureau of Economic Analysis, *Foreign direct investment in the United States*

- <http://www.bea.gov/iTable/iTable.cfm?ReqID=2&step=1#reqid=2&step=1&isuri=1>